

Vereint für ein neues Eigentumsrecht

NWO-Stiftung Belcampo – dies ist der Name einer neuen Schweizer Bodenrechtsstiftung. Sie ist aus der Fusion der Stiftung Belcampo und der Stiftung für natürliche Wirtschaftsordnung hervorgegangen und will das Gemeineigentum an der Lebensgrundlage Boden fördern und damit die gesellschafts- und umweltschädliche Spekulation eindämmen. Ziel des freiwirtschaftlichen Bodenrechts ist es, Grund und Boden in öffentlichem Besitz zu halten und im Bau-recht abzugeben.

Die Stiftung besitzt fünf Grundstücke und tut das, was ihrer Meinung nach Gemeinden tun sollten: Boden, statt ihn versilbern, langfristig zur Nutzung abgeben und die Einnahmen daraus im Sinne des Gemeinwohls einsetzen. Mit dem Erlös aus den Bau-rechtszinsen unterstützt die Stiftung Bestrebungen, die einem sozialen Bodenrecht und einer umwelt- und menschengerechten Wirtschaftsweise dienen.

Auf Samstag, 28. Januar 2012, lädt die NWO-Stiftung Belcampo zur Tagung «Eigentum und Freiheit» in Bern, an der alternative Eigentumsmodelle diskutiert werden. Alexander Dill, Basel, Philippe Mastronardi und Peter Ulrich von der HSG St. Gallen, Udo Herrmannsdorfer, Dornach, Raimund Rodewald, Bern, und Ernst Waldemar Weber, Bern, werden ihre eigentumspolitischen Vorstellungen in Kurzreferaten präsentieren und in Workshops vertiefen. Die Teilnehmer erörtern das Gehörte in gemischten Gruppen. Am Schluss werden die Erkenntnisse zusammengetragen und in einem Podiumsgespräch mit den Referenten eingeordnet.

Eigentum und Freiheit, 29. Januar, Campus Muristalden. Teilnahmegebühr (inkl. Mittagessen und Getränke): 80 Franken (120 Franken für Paare). Auskunft und Anmeldung: NWO-Stiftung Belcampo, Rübacher 2, CH-8143 Stallikon www.nwo-belcampo.ch

Zukunftskonferenz «Politik – neu gedacht!»

Nach Ansicht von Heidi Steiner, Katja Nock und Marc Steiner ist die Zeit reif, dass sich unterschiedliche Parteien und Parteifreilose zusammensetzen und eine gemeinsame Zukunft andenken. Aus diesem Anlass organisieren die drei eine Zukunftskonferenz zum Thema «Politik – neu gedacht!» als Grossgruppen-Moderation.

Zukunftskonferenzen sind ein von Marvin Weisbrod entwickeltes Dialog-, Lern-, Planungs- und Mobilisierungsinstrument, das sich zur Zeit rasch ausbreitet.

In einer Zukunftskonferenz sitzen die Teilnehmer in Siebner- oder Achtergruppen an mal gemischten und mal homogenen Tischen, sie arbeiten nacheinander an fünf Aufgaben und präsentieren und diskutieren ihre Ergebnisse im Plenum.

Eingeladen zur Zukunftskonferenz «Politik - neu gedacht!» sind politisch interessierte Menschen mit und ohne Parteibindung. CP

Zukunftskonferenz «Politik – neu gedacht!», Mythenforum in 6430 Schwyz, 20. Januar 2012, 8.30 – 17.30 Uhr
Eintritt: Fr. 80.–. www.promotion-consulting.ch

Die rechtliche Stellung des Menschen verbessern

Der Verein confutura will die Nachteile der natürlichen Personen gegenüber den juristischen Personen durch einen Ersatz der Einkommenssteuer mildern. Konzerne geniessen gegenüber Menschen aus Fleisch und Blut eine Reihe von Vorteilen, vor allem in steuerlicher und haftungsrechtlicher Hinsicht. Während Menschen (in Anstellung) ihr Einkommen, d.h. den Umsatz versteuern müssen, ist bei Firmen nur der Gewinn abgabepflichtig. Dies hat über längere Zeit zu einer enormen Verschiebung wirtschaftlicher Macht vom Individuum zu den Konzernen geführt.

Diesen Trend will der Verein Confutura von Ruedi Walther umkehren. Er schlägt in seiner «Confutura-Formel» vor, dass natürliche Personen keine Einkommens-, Gewinn- und Vermögenssteuer mehr bezahlen, sondern stattdessen beim Tod eine «Hinterlassenschaftsabgabe» von 50 Prozent entrichten. Von der Systemänderung erwartet Ruedi Walther eine Reihe von positiven Nebeneffekten. Nun sucht er Mitstreiter, die Idee in der Öffentlichkeit zu verbreiten. CP

Weitere Informationen: Verein confutura, Schlosstrasse 117, 3008 Bern, www.confutura.ch

Kartoffeln umsonst: Nichtkommerzielle Landwirtschaft

Es gibt viele Wirtschaftstheorien, aber ein Grundsatz ist allen gemeinsam: Für eine Leistung darf man ein angemessene Gegenleistung erwarten: in Geld oder Tauschwert. Das klingt gerecht, hat aber den Nachteil, dass überall gezählt und geschachert wird. Geld erhält eine übermässige Bedeutung, und wer sich (vielleicht auch aus Not) etwas umsonst nimmt, wird kriminalisiert. Anders auf dem Karlshof in Brandenburg. Dort kann sich jeder beim «Kartoffelcafé» Zwölf-Kilo-Säcke abholen – umsonst, und ohne dass er seine Bedürftigkeit erklären muss. Das Ganze nennt

sich «Nichtkommerzielle Landwirtschaft» (NKL) oder «Freie solidarische Kooperation». Das Netzwerk «Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit» (PaG) propagiert mit dieser Aktion einen «etwas anderen Umgang mit Privateigentum». In einer engen Definition von Eigentum sehen die Aktivisten nämlich eine Ursache für «Unterdrückung, Ausbeutung und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen».

Kartoffeln und Getreide anzubauen, um es zu verschenken – ist das nicht Selbstausbeutung oder einfach Dummheit? Der Bibliothekswissenschaftler

Peter Just (30) sieht sich als Wegbereiter einer neuen, bedürfnisorientierten Wirtschaftsweise: «Gratistwirtschaft». In einer Übergangsphase werden die Verschenk-Aktionen durch eine Stiftung finanziert, also durch Spenden. Längerfristig soll die Arbeit der Kartoffelanbauer schlicht dadurch ausgeglichen werden, dass die Landwirte ihre Seife, Kleidung oder Möbelstücke woanders mitnehmen – ebenfalls umsonst. Eine Utopie vorerst, aber eine schöne. RR

Quelle: Der Freitag

Integrale Politik und Migration: von der Abschottung zur Gastfreundschaft

An ihrem ersten Parteitag von Mitte November hat sich die «Integrale Politik Schweiz» (IP) mit dem heissen Thema «Migration» befasst, an dem sich das Wesen integraler Politik beispielhaft zeigt. Während sich die konventionellen Parteien auf Flüchtlingszahlen, Asyl-Status oder Finanzfragen konzentrieren, versucht die IP aus einer «Intelligenz des Herzens» zu neuen Lösungen zu kommen. «Uns Menschen, die wir in der Schweiz Wohnsitz haben, geht es im globalen Vergleich in vielen Beziehungen ausgezeichnet», sagte Co-Präsident Gary Zemp am Parteitag. «Gerade dieser besondere Wohlstand ist aber auch eine besondere Verpflichtung, mit Freude unseren Überfluss zu teilen. Es ist nämlich kein Grundrecht, in der Schweiz geboren zu sein.» Als Folge will die IP die «angst- und abschottungsgeprägte Haltung unseres Landes» in ein «Klima der Gastfreundschaft und der Freude an der Bereicherung unseres Lebens durch die Integration von Menschen aus anderen Kulturen» transformieren. Dazu gehört, Asylanten als «diejenigen von uns, die aus weniger privilegierten Ländern stammen» wahrzunehmen. Natürlich erwartet auch die IP, dass Ausländer unsere Sprache lernen und sich an die Gesetze halten, aber unter «Wahrung ihrer kulturellen, religiösen und sozialen Identität».

Konkret schlägt die IP u.a. vor:

- Entkriminalisierung der Sans-papiers
- Friedensförderung in der Schule
- Verstärkung der Friedenspolitik; Armee soll eine «Friedensmiliz» werden
- Zuteilung von Mentoren an die Asylsuchenden
- eine nach Aufenthaltsdauer gestaffelte Gewährung von politischen Rechten
- konkret gelebte Gastfreundschaft (dazu lanciert die IP ein Projekt)

Wie die IP ihre Vorschläge in die Politik einbringen will, ist noch offen. Die Partei ist bis jetzt in den eidgenössischen und kantonalen Parlamenten nicht vertreten. *CP*

Das Positionspapier der IP sowie die am Parteitag gehaltenen Kurzreferate sind auf der Website der IP zu finden.

Die IP bietet im Rahmen ihres «Zentrums für integrale Friedensförderung» eine Lehrgang «Lernend Frieden schaffen» an, der auch Nicht-Mitgliedern offen steht und der auch die konkrete Umsetzung von Friedensprojekten beinhaltet. 1. Modul: 27.–29. Januar 2012. Infos: www.integrale-friedensfoerderung.ch

Werner Kaiser, Gründungsmitglied der IP, beschreibt in einem vor kurzem erschienenen Buch die geistigen Grundlagen der Integralen Politik auf der Basis der Arbeit des Kulturphilosophen Jean Gebser. Es will Menschen, die auf eine konstruktivere und menschenfreundlichere Politik warten, eine zukunfts offene Perspektive anbieten.

Werner Kaiser: **Integrale Politik – neue Politik für eine neue Zeit.** 2011. 80 Seiten. Fr. 9.90. Bezug: Integrale Politik, Breisacherstr. 43, 4057 Basel, Tel. 061 811 39 49, www.integrale-politik.ch

Widerspruch kennt kein Alter

Seit dreissig Jahren verfassen Autoren für die Zürcher Zeitschrift «WIDERSPRUCH» Beiträge zur sozialistischen Politik. In der Nummer 60 zu den Themen «Demokratie und Macht» sowie «Energiewende nach Fukushima». Die Halbjahresschrift hat den Vorteil, dass sie nicht aktuell sein muss, sondern den Leser bereits Geschehenes noch einmal Revue passieren lässt. Dies in einer Ausführlichkeit, die man bei Tageszeitungen oft vermisst. Autoren wie Daniel Vischer («Links-grüne Zukunft der Schweiz»), Therese Wüthrich («Der Skandal der Lohndiskriminierung»), Urs Marti («Kapitalismuskritik und distributive Gerechtigkeit») und P.M. (Auswege aus der Wachstumsfalle») vermitteln auf über 220 Seiten ein Stück Zeitgeschichte. Was äusserlich unspektakulär daherkommt, vermag inhaltlich umso mehr zu überzeugen. *BM*

Widerspruch 60: **Demokratie und Macht.** 2011, 224 Seiten, Fr. 25.00/16.00 Euro.



Revolution auf Radibor

Erwin Feurer ist Visionär. Bereits fortgeschrittenen Alters, möchte er nun von sechzig bis siebzig das tun, was er als wesentlich ansieht: Der fragwürdigen Entwicklung der Menschheit entgegenwirken. Im Klartext will er nichts Geringeres als «eine Weltrevolution auslösen». Künftiger Hauptsitz des Unternehmens: Schloss Radibor in der Lausitz. Ostdeutschland verkauft seine Schlösser zurzeit zu Schnäppchenpreisen. Dafür übernehme man die Bauten zugemüllt, zerfallen und teilweise zerstört. Stören tut dies den Kulturvermittler aus der Schweiz aber nicht. Er kennt sich aus mit alten Gemäuern, hat er doch als Bauunternehmer schon einigen verschlafenen Schönheiten wieder auf die Beine geholfen. Seit kurzem ist auch das dreihundertjährige Radibor wieder bewohnbar. Fertig, betont Feurer, sei es aber wohl nie.

2009 hatte Feurer den International Burnout Fund gegründet. «50 Prozent der Menschen in Europa leiden unter Ängsten, Depressionen und Schlaflosigkeit», erklärt er sein Engagement. Auch Feurer selbst schlitterte nur knapp an einem Burnout vorbei. Nun will er unter den grossen Versicherern Partner für seine «Burnout-Versicherung» finden. Diese soll den Rechtsschutz des erkrankten Arbeitnehmers übernehmen.

Aber zurück zu Schloss Radibor: «Natürlich könnte man eine solche Organisation auch von jedem Wohnzimmer aus leiten», sagt Feurer. Schloss Radibor diene mehr als Symbol und Arbeitsplatz. Ausserdem hat die «soziale und wirtschaftliche Revolution, die Radibor ins Zentrum der Weltgeschichte rücken soll» noch einen weiteren Auftrag. Feurer möchte den Ideen von

Dr. Peter Plichta eine Plattform bieten. Dieser hat eine Möglichkeit entdeckt, wie man mit Sand bzw. Silizium die Energieproduktion vom Erdöl unabhängig machen könnte. «Noch nie fühlte ich mich so glücklich wie damals, als ich das Vertrauen dieses Mannes gewonnen hatte», erinnert sich Feurer. Seither hat er viele Klinken geputzt, um der Erfindung Plichtas Gehör zu verschaffen. Ohne Erfolg. Das will Feurer nun ändern. In wenigen Jahren soll sich Radibor zu einem «Wissenschafts- und Gesundheitszentrum» entwickeln, wo revolutionären Technologien und sozialen Reformen zum Durchbruch verholfen wird. *SL*

www.schlossradibor.blogspot.com